

## Wie hängt Passpflicht, Personalausweis, Grundgesetz und HLKO zusammen?

Sehr viele Menschen wissen das Deutschland seit 1945 noch immer keinen Friedensvertrag im Sinne der HLKO hat.

Diese Menschen fragen sich besorgt und berechtigterweise was es mit den angedrohten Zwangshypothesen, den israelischen Militärhilfen und dem EFSF/ESM auf sich hat, die nach HLKO Artikel 43-55 eigentlich alle als Transfers außer Landes strikt verboten sind und wie sich das mit der aktuellen Rechtslage in Deutschland vertragen würde.

Es wird teilweise auch über die Medien, möglicherweise mit Absicht Desinformation zur Rechtmäßigkeit dieses Volksbetruges verbreitet.

**MERKE:** Ein gültiger Reisepass ist mit das Wichtigste was man in der Krise braucht, also lange vorher beantragen und abholen! Diese Rotschrift heißt **HEUTE NOCH** erledigen!

### Unterschied zwischen Pass und Personalausweis (Perso)

Der „Perso“ ist nur ein in der Bundesrepublik Deutschland anerkannter Ausweis, nämlich ein Betriebsausweis für mithaftendes, nachschusspflichtiges Personal der Company mit Namen „Bundesrepublik Deutschland“ und kein international anerkannter Pass und seit dem 18.7.1990 als Folge der Pariser Konferenz auch nicht mehr eines regulären Staates oder Staatsfragmentes im Sinne des Besatzungsrechts und auch nicht mehr im Sinne der Schutzrechte der HLKO zum Schutz des Privateigentums gegen Mithaftung wegen pauschalen Pfändungsvorbehalten gegen juristische Personen. (HLKO = Hager Land Kommission)

Die Schutzrechte der HLKO gegen Zwangsabgaben kann heute nur noch wegen nicht veröffentlichten Nebenabreden (Bund=Nebenabreden) im vollen Umfang in Anspruch nehmen wenn man einen gültigen Reisepass hat, aber keinen Perso mehr hat!

Der Pass der Deutschen besteht aus Deckel und Rückseite und müsste eigentlich eine IDD Karte des deutschen Reiches beinhalten, aber es ist die IDD Karte der Bundesrepublik drin, die aber keine staatlichen Hoheitsrechte hat, sondern über das Nießbrauchs recht der HLKO Artikel 43-55 die Rechte des Landes als Verwalter nutzt und genau aus dem Grund ist die BRD IDD im Ausweise drin, aber dieser unterscheidet sich rechtlich grundlegend vom Personalausweis.

## **Die Fakten zur Passpflicht sind folgende - Pass**

Der Pass erfüllt in einer Besatzungszone die Eigenschaft eines militärischen Passierscheins oder einer ständigen Aufenthaltserlaubnis. Der Besatzer oder seine Verwaltung ist dafür verantwortlich, dass jeder Deutsche einen gültigen Pass in Übereinstimmung mit der HLKO bekommt, um ihn von Kombattanten des Krieges zu unterscheiden.

### **Staatsbürger**

Wer einen Reisepass hat ist Staatsbürger wenn er gleichzeitig im Sinne des RuStaG 1913 Deutscher ist. **Kunde** bei der Firma der Verwaltung der Besatzungszone in Deutschland, genannt Bundesrepublik Deutschland GmbH, ist automatisch jeder Staatsbürger. Dies ist Besatzungsrecht. Wegen des Nießbrauchs rechtes der HLKO Artikel 43-55 haben Staatsbürger automatisch auch die Rechte, aber nicht die Pflichten eines Bundesbürgers, also keine Nachschusspflicht.

### **Deutscher**

Deutscher ist wer im Sinne des RuStaG 1913 die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.

### **unmittelbare Reichsangehörigkeit**

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt derjenige dessen Vater und dessen Großvater auch schon Deutscher im Sinne RuStaG 1913 war.

### **Bundesbürger**

Bundesbürger ist wer einen Bundespersonalausweis im Sinne des PAuswG besitzt. Dieser Bundespersonalausweis stellt den Inhaber gegenüber der HLKO schlechter, denn DEUTSCH ist nur eine uneigentliche Staatsbürgerschaft und zwar ohne Notwendigkeit aus der HLKO heraus und damit ohne Besatzungsrechte Rechtsgrundlage, ist also bereits klar nachweisbares, geduldetes Unrecht.

**Anmerkung:** Der Besatzer steht zwar für die Rechtsnachteile des Persos prinzipiell ein, aber dies gilt erst ab einem Friedensvertrag, der die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland zur Folge hat. Die Regel ist aber, dass den Besatzer dies nicht interessiert, weil er keinen Friedensvertrag beabsichtigt und was die Verwaltung BRD tut ist ihm egal und im Zweifel ist man eben benachteiligt weil man selbst eine Mitschuld durch Duldung hat.

**Wichtig:** Genau aus dem Grund sollte man den Perso gegen den Reisepass umtauschen und auf Abgabe des Persos gegen Abgabequittung bestehen, dann erst ist jeder weitere Verstoß gegen die HLKO auch ein klar nachweisbarer Verstoß gegen die Einstellung

der Feindseligkeiten während des Waffenstillstandes, also nur dann ist es ein militärrechtlicher Verstoß gegen den Waffenstillstand. Nur derart 100% klar belegte Verstöße gegen den Waffenstillstand bringen den Besatzer in Zugzwang.

## **Personal**

**Personal** der Bundesrepublik Deutschland, ist automatisch jeder, der einen Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des PAuswG besitzt. Dies ist Privatrecht.

## **Grundgesetz**

Das Grundgesetz ist ab 18.7.1990 0:00Uhr nur noch die Rechtsordnung des **Personals** durch Nebenabreden zwischen den Besatzern und der Bundesrepublik Deutschland zur Umgehung der Haftung durch die HLKO. Man sagt auch zum Grundgesetz die Hausordnung der Alliierten, da das Grundgesetz mangels Rechtsnachfolge für das Deutsche Reich nicht auf deutschem Landesrecht beruht. Der Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde mit Ablauf des 17.7.1990 gelöscht und später in veränderter Form in die Präambel des späteren Grundgesetzes wieder eingefügt. Wegen der kurzfristigen Löschung des Artikels 23 greift aber Artikel 146 Grundgesetz weil damit eine Verfassung in Kraft trat, die vom Volk, genauer dessen Volksvertretern, gewählt wurde. Nach Mangold hat die Präambel keine Bedeutung als Gesetzesparagraph und kann nur dann rechtswirksam werden, wenn es eine zusätzliche privat vertragliche Verpflichtung gibt. Die privat vertragliche Verpflichtung (Bund=Nebenabreden) existiert auch nach dem 17.7.1990 für alle Personalausweiseinhaber weiter, jedoch nicht für diejenigen, die keinen Personalausweis mehr haben und NUR einen Reisepass besitzen, weil sie nur so klar genug zum Ausdruck bringen können, dass sie mit den stillschweigenden, privatrechtlichen Nebenabreden nicht einverstanden zu sind.

## **Nachschusspflicht**

In einer OHG ähnlichen Company gibt es abhängig von Gesellschaftervertrag eine Nachschusspflicht zur Insolvenzmasse. Der Bund war vom ersten Tag des Bestehens bereits insolvent. Das Insolvenzverfahren ist aber nie eröffnet worden. Das heißt die an der OHG in der Geschäftsführung Beteiligten haften mit ihrem Anteil und einem Teil des Privatvermögens für die Geschäfte der OHG. Im Falle der Bundesrepublik Deutschland ist das der Steuerzahler der gleichzeitig Personal dieser OHG ist.

## **Sonderfall DDR**

In der DDR gibt es einen Sonderfall, weil verursacht durch die Propaganda Westdeutschlands die DDR vorzeitig, nämlich spätestens mit Ablauf des 2.10.1990 aufgelöst wurde und zwar ohne der BRD rechtswirksam beigetreten zu sein. Die Zeichnungsbefugnis der DDR und auch die Beitrittsmöglichkeit zur BRD erlosch bereits viel

eher, nämlich mit Ablauf des 17.7.1990. Das heißt ohne die Überstruktur der DDR wurden alle DDR-Bürger, die in der Nacht vom 17.7.1990 zum 18.7.1990 gemeldet waren, de facto notstandsrechtlich sofort Bürger des Deutschen Reiches, da die Überstruktur der DDR über dem Deutschen Reich gelöscht wurde ohne das etwas ähnliches wie das Grundgesetz gegolten hat. Alle Anderen benötigen eine explizite Einbürgerung nach RuStaG, die aber erst der handlungsfähige Staat tun kann.

### **Sonderfall Bundesbürger während und nach dem Friedensvertrag**

Bundesbürger ist wer einen Personalausweis besitzt. Es ist zur Vermeidung menschlicher Tragödien per Friedensvertrag zu regeln, dass alle, die keine Deutschen nach RuStaG, aber Bundesbürger einer bei Friedensvertrag gelöschten NGO-Struktur sind, für jeweils ein Jahr Übergangszeit noch ein Residenzvisa zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Besatzer bekommen, zumindest bis die Bundesrepublik Deutschland und ihrer Besatzer ihren staatsbürgerlichen Verpflichtungen gegenüber dem Deutschen Reich gemäß RuStaG 1913 nachgekommen sind. Das Residenzvisum erlischt dann ab Friedensvertrag bei Straftaten vorzeitig, wie es auch in der Schweiz und den Emiraten der Fall ist.

### **Sonderfall Ostgebiete**

Es ist noch per Friedensvertrag zu regeln, dass alle, die in der Nacht vom 17.7.1990 zum 18.7.1990 in den Ostgebieten gemeldet waren automatisch auch ein Residenzvisa für ganz Polen und die ganzen Ostgebiete erhalten. Als Gegenleistung sollen natürlich auch alle Polen ein Residenzvisum für die Ostgebiete erhalten. Wer gleichzeitig auch noch Deutscher nach RuStaG 1913 ist, wird sowieso unmittelbarer Reichs Angehöriger und zwar ohne Notwendigkeit eines Residenzvisums für die Ostgebiete und Deutschland zu beantragen.

### **Zusammenfassung**

**MERKE:** Ein Reisepass mit einer zusätzlichen Meldebescheinigung hat die gleiche Legitimationskraft wie ein Bundespersonalausweis, aber nicht dessen privatrechtliche Nachteile (Nachschusspflicht, Entrechtung vor Gericht) wegen geheimen Nebenabreden = Bund.

Ein Bundespersonalausweis hat jedoch nicht die gleiche Legitimationskraft, die ein Reisepass hat.

Es ist Gesetz, dass jeder Deutsche entweder einen Personalausweis **oder** eines Reisepass haben muss.

**MERKE:** Wenn der Deutsche sich andere Pässe aufschwätzen lässt, die ihn entrichten, dann ist das in gewissem Umfang erstmals sein Problem! Es ist natürlich bei Friedensvertrag das Unrecht Rückabwickelbar und natürlich greift die Privathaftung gegen die Beamten,

die einen entrechtet haben, aber solange diese die Macht haben, werden sie diese Macht gebrauchen ohne auf Recht und Gesetz zu achten.

Mit der Bundespersonaleigenschaft ist eine gewisse Entrechtung gegenüber dem Schutz des Privatvermögens und dem Recht auf einen gesetzlichen Richter im Sinne der HLKO verbunden. Das heißt auch vor den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland kann man entrechtet werden, da es keine gesetzlichen Gerichte im Sinne der HLKO sind.

Die genauen Verfahrensweisen sind per geheimen Staatsvertrag geregelt, der nicht öffentlich einsehbar ist, jedoch für den Besitzer eines Bundespersonalausweis fast nur Nachteile bringt.

Der Bundesrechteinhaber DEUTSCH ist kein Land oder Staat sondern mit einem **Kahal** der frühen hebräischen Leibeigenschaft (Sklaverei) vergleichbar und schon deshalb strikt abzulehnen. Das so etwas wie Sklaverei in einem selbsternannten demokratischen Rechtsstaat die Regel ist, lässt tief blicken.

Die Bibel tritt klar gegen Rechtsverbrechen, vor allem aber gegen Plünderung ein:

2Mo 20,5 **Bete sie nicht an und diene ihnen nicht!** Denn ich, der HERR, dein Gott, bin ein eifernder Gott, der die Missetat der Väter heimsucht bis ins dritte und vierte Glied an den Kindern derer, die mich hassen, und

Est 9,16 Auch die andern Juden in den Ländern des Königs kamen zusammen, um ihr Leben zu verteidigen und sich vor ihren Feinden Ruhe zu verschaffen, und töteten fünfundsiebzigtausend von ihren Feinden; aber an die Güter legten sie die Hände nicht.

**Wenn man DEUTSCH nur als Staatsbürger, also als Kunde und nicht als Personal entgegentritt, dann sollte es keine Probleme geben.**

[http://wiki.volksbetrug.net/index.php/Passpflicht#Unterschied\\_zwischen\\_Pass\\_und\\_Perso](http://wiki.volksbetrug.net/index.php/Passpflicht#Unterschied_zwischen_Pass_und_Perso)

Gruß: Der Honigmann

<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/08/11/passpflicht-info/>

Privacy: The information transmitted is intended only for the person or entity to which it is addressed and may contain confidential and/or privileged material. Any review, retransmission, dissemination or other use of this information by persons or entities other than the intended recipient is prohibited.

Christian Hinder  
Außenhandel, Zoll- & Außenwirtschaftsberatung  
Sommerhäuschenweg 15  
D – 32657 Lemgo  
Mail: [christian.hinder@zollspezialist.de](mailto:christian.hinder@zollspezialist.de)  
Tel. : 0049 (0)5261 2010  
Mobil: 0049 (0)162 947 0031

## Die Kanzlerakte

31.10.2011

Was ist wirklich dran an der so genannten "Kanzlerakte". Demnach müssen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland eine geheime Unterwerfungserklärung gegenüber den Alliierten unterschreiben. Willi Brandt weigerte sich erst – unterschrieb dann aber doch. Erklärt die "Kanzlerakte" das merkwürdige Vorgehen in Sachen Euro-Rettung? Ist der Handlungsspielraum Deutschlands in Wahrheit begrenzt?

von Dirk Weckerle

Die Handlungen der Bundesregierung in Sachen Euro-Rettungspaketen geben manchem Beobachter Rätsel auf: Im Prinzip handelt die Regierung gegen jeden ökonomischen Sachverstand und verpfändet darüber hinaus die Ersparnisse ihrer Bürger, die wahrscheinlich im großen schwarzen Loch von Brüssel unrettbar verloren gehen.

Eigentlich müsste Deutschland raus aus dem Euro – und jeder, welcher sich mit der Materie sachkundig auseinander setzt, kommt zum gleichen Ergebnis: Nur ein Austritt Deutschlands bringt der Rest-Eurozone die nötige Erleichterung. Die sich auftürmenden Schwierigkeiten eines solchen Schrittes hierzulande wird Deutschland meistern können. Das ist keine leichte Aufgabe, aber sie ist machbar, weil dann die Euroschulden, die Deutschland hat, ebenfalls abgewertet und das Land aufgrund seiner Bonität weltweit keine Schwierigkeiten hätte, die Wirtschaftskrise durch DM-Aufwertung mit neuen Schulden zu finanzieren.

Doch die Frage stellt sich: kann Deutschland überhaupt austreten? Hat Deutschland überhaupt die Entscheidungsbefugnis tun und lassen zu können, was das Land und seine Bürger wollen? Wahrscheinlich nicht. Denn es gibt ein Geheimabkommen mit den Siegermächten, welche die Souveränität des Landes in Frage stellen. Denn offenbar muss jeder Kanzler erst mal ein Schreiben an die Siegermächte unterzeichnen, in dem die Souveränität Deutschlands eingeschränkt wird. Diese so genannte "Kanzlerakte" gab in der Vergangenheit stets Anlass zu Spekulationen, wurde aber als "verschwörungstheoretisch" abgetan.

So wurde seit Jahren über die Echtheit der "Kanzlerakte" und des "Geheimen Staatsvertrages", der neben dem Grundgesetz gültig sein soll, gerätselt. Diese Behauptungen hatte auch ein Prof. Dr. James Shirley 1999 im Hearst -Verlag in New York veröffentlicht. Nun nimmt der ehemalige Chef des Militärischen Abschirmdienstes MAD und spätere Kommandant der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, Generalmajor Gerd Helmut Komossa, dazu Stellung. Er bestätigt in seinem Buch «Die deutsche Karte – Das verdeckte Spiel der geheimen Dienste» [...] die seit 1999 kolportierten Meldungen zur "Kanzlerakte". Dazu Generalmajor Komossa [Auszug, auf Seite 21 des Buches]:

«Der geheime Staatsvertrag von 21. Mai 1949 wurde vom Bundesnachrichtendienst unter «Strengste Vertraulichkeit» eingestuft. In ihm wurden die **grundlegenden Vorbehalte der Sieger für die Souveränität der Bundesrepublik bis zum Jahre 2099 festgeschrieben, was heute wohl kaum jemandem bewusst sein dürfte. Danach wurde einmal der «Medienvorbehalt der alliierten Mächte über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099 fixiert. Zum anderen wurde geregelt, dass jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides die sogenannte «Kanzlerakte» zu unterschreiben hatte. Darüber hinaus bleiben die Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten gepfändet.»**

Quelle: Gerd-Helmut Komossa, "Die deutsche Karte: Das versteckte Spiel der geheimen Dienste", Ein Amtschef des MAD berichtet, Ares Verlag.

Trotz dem Buches von Komossa galt die "Kanzlerakte" immer noch als Hirngespinnst von irgendwelchen Verschwörungstheoretikern. Was dabei aber völlig ignoriert wurde, ist die Tatsache, dass selbst das **Wochenmagazin "ZEIT"** in einem ausführlichen **Artikel** darüber berichtete. Es ging dabei um die Tatsache, dass alle Bundeskanzler einen geheimen, so genannte "Unterwerfungsbrief" unterschreiben müssen. Nur einer wehrte sich zunächst: Will Brandt.

Zu Beginn seiner Amtszeit im Herbst 1969 wollte der frisch gewählte Bundeskanzler Willy Brandt ein Schreiben an die drei westlichen Siegermächte zunächst nicht unterschreiben, in dem er die eingeschränkte Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich bestätigen sollte. Dies berichtet Egon Bahr, unter Brandt Staatssekretär im Kanzleramt, in einem **Beitrag** für die ZEIT.

An einem der ersten Abende im Palais Schaumburg, so schildert Egon Bahr die bisher unbekannte Episode, habe ein hoher Beamter dem neuen Bundeskanzler drei Briefe an die Botschafter der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens zur Unterschrift vorgelegt. Darin sollte Brandt zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrer Genehmigung schreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten.

Als Inhaber der Sieger rechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, die sie als Einschränkung ihrer Verfügungshoheit verstanden. Das galt auch für den Artikel 146, der nach der deutschen Einheit eine Verfassung anstelle des Grundgesetzes vorsah.

Brandt war empört, dass man von ihm verlangte, "einen solchen Unterwerfungsbrief" zu unterschreiben. Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter könnten ihn wohl kaum absetzen! Aber er musste sich belehren lassen, dass vor ihm schon Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger diese Briefe unterschrieben hätten. „Also habe ich auch unterschrieben“, habe Willy Brandt ihm gesagt, schreibt Bahr – und sei nie wieder auf das Thema zurückgekommen.

Schon Adenauer, fährt Egon Bahr fort, habe seine Anerkennung der alliierten Oberhoheit wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Die Briefe der Bundeskanzler an die Vertreter der Siegermächte seien bis heute unbekannt geblieben. Als Bahr die Kanzlerbriefe einmal gegenüber dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erwähnte, habe dieser erstaunt reagiert. „Er hatte von ihnen nichts gewusst“, schreibt Egon Bahr.